

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig  
Raben & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Dresden  
Verl. Kersch, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 6,00 M., durch die Post  
bezogen monatlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich  
8,50 M., Einzelnummer 30 Pf.  
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Komposition 2,00 M., Familienanzeigen  
1,50 M., die 3 gespaltene Komposition 6,50 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ge-  
mäßigung. Kurzigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur  
Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefbeantwortung 30 Pf.

Nr. 267

Dresden, Donnerstag den 18. November 1920

31. Jahrg.

## Die Sozialisierung und ihre Gegner

Als die öffentliche Agitation für die Sozialisierung einsetzte, wußten die Gegner noch nicht, wie man am besten durch „Gegengründe“ und Gegenproben diese Pläne in den Augen breiter Schichten verabschieden könne. Inzwischen haben sie es gelernt. Seit dem Herankommen der Kohlensozialisten ist es gelernt. Seit dem Herankommen der Kohlensozialisten ist es gelernt. Seit dem Herankommen der Kohlensozialisten ist es gelernt.

Eine höchst wichtige Frage pflegen die Gegner als ersten Einwand aufzuwerfen: „Wo ist der Beweis, daß die Sozialisierung möglich und ertragreich ist?“ Das klingt nun durchaus klug und vorzüglich und berechtigt. Kann man das etwa nicht verlangen, daß erst einmal die volle Möglichkeit und Fruchtbarkeit einer großen Maßnahme „bewiesen“ wird, ehe man sie ergreift? Und auch in politischer Hinsicht ist diese Frage klug berechnet. Denn es werden sich immer Sozialisten finden, die ehrlich eingestehen, daß man gerade dies nicht „beweisen“ kann, und mit diesem Eingeständnis allein kann die Gegenseite nachher Laufende von Leuten von der Sozialisierung abreden. Kann man auch erfolgreich die „Krediten gehen“. In Wahrheit ist die ganze Frage nach dem „Beweis“ dummdreist. Niemals in der Weltgeschichte ist etwas Zukünftiges „bewiesen“ worden, nicht ein einziges Mal. Es ist das Wesen des „Beweises“, daß er nur von Tatsachen ausgehen kann, nicht von Möglichkeiten.

Die Beweisfrage ist hinsichtlich der Sozialisierung fastlich ungefähr so berechtigt wie hinsichtlich des Krieges. Kein Mensch hätte die phantastische Überheblichkeit der Generalstab zu fragen: Können Sie „beweisen“, daß wir den Krieg gewinnen werden? Und wenn so ähnlich gefragt wurde, hat die Heeresleitung stets mit Recht geantwortet: Beweisen können wir zu etwas nicht! Wir können nur alle Umstände und Möglichkeiten darlegen, die es wahrscheinlich machen, daß der Krieg gut ausgeht. Wir können die gesamte Lage unter Anführung aller und bekannter Umstände und Erfahrungen abwägen und daraufhin nach bestem Wissen und Gewissen die Aussichten bemessen und darlegen, die wir haben — das übrige ist Sache unserer Leistungsfähigkeit und des Schicksals! Genau so und nicht anders kann der ehrliche Sozialist reden: So sieht die Lage aus, folgendermaßen will ich operieren, folgendermaßen liegen vor, und darauf frage ich meine Schöpfung, meinen Wahrheitsbeweis — das übrige ist Sache unserer Leistungsfähigkeit und des Schicksals! Aber es ist unehrlich, einen „Beweis“ im landläufigen Sinne zu fordern, denn für mich selber ganz genau, daß es das nicht gibt; ihr könnt selber genau ebensowenig einen „Beweis“ führen dafür, daß ihr mit der „freien“ Wirtschaft den wünschbaren Erfolg haben werdet; diese ist vielmehr genau so ein „unvermeidliches Experiment“ wie die sozialistische Planwirtschaft!

Nicht minder taktisch geschieht als die „Beweis“-Forderung ist die von den Unternehmern neuerdings oft gebrauchte zweite Wendung: „Wir können die Verantwortung für solche Experimente nicht übernehmen.“ Was ist darauf zu sagen? Erstens: Die Verantwortung gegenüber dem Volke besteht, daß im Rahmen des Möglichen Industrie- und Handelsbetriebe da sei, wofür ihr die etwa bei „freier Wirtschaft“ übernehmen? Das ließe sich hören! Wir bieten folgenden Vertrag: Wenn ihr bei „freier Wirtschaft“ für die nächsten drei Jahre im Rahmen des weitestmöglichen Möglichen genügende Kohlenmengen schafft, soll es gut sein; aber wir können euch nur unter eurer Verantwortung wirtschaften lassen. Das heißt: wenn ihr nicht folgende Mengen herbeizuführen vermögt, verfallen eure Gruben ohne Entschädigung der Allgemeinheit. Denn ohne Strafe ist der Begriff der „Verantwortung“ eine Unflut. Seit Jahrzehnten habt ihr die „Verantwortung“ für den den Profit eurer selbst und eurer Aktionäre übernommen — wenn ihr jetzt auf einmal, wo dieser Profit droht, die Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit als sittliche Forderung anerkennt, gut, dann wollen wir euch darauf festlegen.

Zweitens: Für die Sozialisierung wolle ihr die Verantwortung nicht übernehmen? Begreiflicherweise. Ein ehrlicher Sozialist kann euch das nicht übernehmen, sondern muß sagen: Ihr wollt auch gar nicht. Es würde schon etwas herauskommen, wenn ihr die Sache unter eurer Verantwortung in die Hand nehmt. Wir übernehmen die Verantwortung. So müßten die Sozialisten sprechen. Aber die kluge Berechnung der Unternehmerschaft stützt sich freilich gerade darauf, daß sie annimmt, so werden die Sozialisten nicht sprechen. Und leider haben sie nicht einmal Unrecht dabei, denn gegenwärtig findet sich außer den zerschlagenen Kommunisten keine größere Gruppe, geschweige denn eine Partei, die geschlossen jene Verantwortung übernehmen will. Indem die Unternehmer die Verantwortung der Gegenseite auf sich schieben, weisen sie in der Tat auf den schäblichsten Punkt der sozialistischen Bewegung von heute hin.

Dritter Einwand: Die Planwirtschaft hat sich selber erledigt; die Kriegszeit hat bewiesen, daß der Sozialismus unmöglich ist. Diese Dreistigkeit ist seit vier Jahren gewöhnlich. Als die „Kriegswirtschaft“ einsetzte, schickte man in höchstem Grade bürokratisch, ertönte sofort der Ruf: Das ist der Sozialismus, nun werden wir ja sehen, was dabei herauskommt. Der Ruf war bald nur dumpf, bald bemerkt verloren. Denn die Kriegswirtschaft war eben nicht

## Fürstliche Millionenschieber

Geselle Hermann Müller hat als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Es ist richtig, daß namhafte Kapitalverflechtungen nach dem Auslande fortgeführt haben?

Es ist weiter richtig, daß in Berlin die Aushebung des Bankhauses Gruber fortgesetzt und zur vollständigen Befristung der Aktien und Bänder geführt hat?

Es ist ferner richtig, daß hierdurch eine weit ausgedehnte Kapitalflucht nachgewiesen ist, und daß dabei eine große Anzahl Mitglieder abiger und fürstlicher Häuser, darunter auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern, gefahrt worden sind?

Was gebietet die Reichsregierung gegen die Befähigten zu tun und was hat der Reichsfinanzminister getan, um für das Reich entsprechende Vermögenswerte zu sichern?

### Eigene Dramenbildung

Berlin, 18. November. Die Interpellation, die Hg. Hermann Müller, Frankfurt, an die Reichsregierung wegen Aktienverflechtungen von deutschem Kapital nach dem Auslande gerichtet hat, an denen eine große Anzahl Mitglieder abiger und fürstlicher Häuser, darunter auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern, beteiligt seien, wird schon in den nächsten Tagen im Reichstage zur Besprechung gelangen. Vermutlich wird das schon am kommenden Donnerstag, und Hg. Müller wird bei der Begründung seiner Interpellation das umfangreiche Material vorbringen, das ihm trotz der strengen Geheimhaltung durch das Reichsfinanzministerium zugegangen ist. Die Tatsachen, die Hg. Müller, Frankfurt, in seiner Interpellation behauptet, sind, wie wir jetzt sehen konnten, richtig. Es hat in der Tat schon vor einigen Tagen ein Bankhaus Gruber, Philippsohn u. Comp. bestanden, anscheinend die Filiale einer Bankfirma, die in Amsterdam ihren Sitz hat. Zu den Kunden des Bankhauses Gruber u. Co. gehörten nicht nur Mitglieder des Hauses Hohenzollern und des früheren Hofbankiers, sondern auch bekannte Namen aus der Berliner Industrie- und Handelswelt. Die Depositen wurden nicht immer unter dem richtigen Namen des Besitzers geführt, sondern unter Decknamen. Einem solchen Decknamen hat sich auch einer der bekanntesten deutschen Heerführer aus dem Weltkrieg bedient. Die Summen, die auf diese Weise durch Gruber u. Co. abgeführt wurden, sind nach geschätzten Angaben von mehreren hundert Millionen Mark. Die Aushebung des „Bankhauses“ ist am vergangenen Sonntagabend erfolgt. Es ist der Staatsanwaltshof dabei gelungen, nahezu das gesamte, sehr umfangreiche Aktienmaterial zu beschlagnahmen. Gruber selbst hatte bereits die deutsche Grenze hinter sich. Ein Haftbefehl ist, wie wir hören, bisher nur gegen Gruber erteilt worden, aber noch gegen keinen der Depositenhaber.

Berlin, 18. November. Der Vorwärts bringt heute in seiner Abendausgabe zu der Millionenverflechtung neue Mitteilungen, die aus anderer Quelle stammen, als die des Gesellen Hermann Müller, Frankfurt. Das Bankhaus Gruber hatte ursprünglich keine Filiale nur in der Sudbepfer Straße. Da es aber den hohen Herrschaften dort zu unpopulär war, wurde eine geheime Filiale in der Bohlstraße 16 aufgemacht. Die Schließungen werden schon

seit Januar 1919 betrieben. Sie begannen mit der Verschlebung des Kronprinzlichen Vermögens. Besuche der Kronprinzessin Cecilie im Hotel Splanade, wo Gruber eine Filiale im Hause der Kronprinzessin. Der Hauspächter war ein Herr von Putz, ferner ein Herr von Müller, der Filialadjutant des Kronprinzen, sowie ein Rechtsanwalt Dr. Bangemann. Die Gewinne, die Gruber aus diesen Verbindungen bezog, waren ungeheuer. So war er in der Lage, vor kurzem von einem Treter Bankhaus für 10 Millionen Anteile zu übernehmen. Seine Reisen zwischen Amsterdam und Berlin legte er nur im Auto zurück. Interessant ist, daß Gruber vor kurzem, trotzdem die Titel und Orden abgeholt sind, zum Vippelchen Schelmen Kommerzienrat ernannt wurde.

### Die Abfindung der Hohenzollern

Im Reichsausschuß der Preussischen Landesversammlung wurden am Dienstag grundsätzliche Erörterungen darüber gepflogen, ob die Frage der Hohenzollernabfindung vertagt werden soll, bis das von der Staatsregierung in Aussicht gestellte weitere Material vorliegt, oder ob die Sache weiter beraten werden soll. Es wurde mit Mehrheit beschlossen, welches sachlich zu verhandeln. Die sachlichen Verhandlungen umfassen nur ein sehr kleines Stück und wurden dann wegen vorgeschrittener Zeit auf Donnerstag, 10 Uhr vormittags, vertagt.

Das 8-Uhr-Abendblatt bringt die tendenziöse Meldung, daß in der Hohenzollernsache ein Ausgleich zwischen den beiden Parteien zu erwarten sei, der bereits ausgearbeitet sein soll. Von einem derartigen Ausgleich ist in der Ausschussung, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, nicht das mindeste bekannt geworden. Es wurden auch keinerlei Andeutungen in dieser Richtung gemacht. — Offensichtlich ein neuer Versuch des Reichsausschusses Löwenfelle!

## Die bayerische Gefahr

Stuttgart, 18. November. Das Landesorgan der württembergischen Zentrumspartei, das Deutsche Volksblatt in Stuttgart, veröffentlicht einen Artikel, in dem auf Grund zuverlässiger Mitteilung aus diplomatischen Kreisen festgestellt wird, daß der Verband einstimmig beschlossen habe, die im Abkommen von Spa ausgedrohte Befestigung des Ruhrgebietes unverzüglich zu vollziehen, wenn Bayern auf der Nichtablegerung der Militärwaffen und der Beibehaltung der Einwohnerwehren weiterhin beharre. In diesem Beschlusse, dem auch England, Italien und Amerika zugestimmt haben, sei nicht mehr zu räuteln oder eine Verringerung zu erwarten.

### Die Tiroler Einwohnerwehren

Wien, 18. November. Wie die Arbeiterzeitung meldet, hat General Juceari im Namen der internationalen Kommission den österreichischen Staatssekretär des Reichens Dr. Rader auf das Treiben der Einwohnerwehren in Tirol aufmerksam gemacht und ihm erklärt, wenn die Einwohnerwehren nicht abgebaut würden und das große Landesgebiet nicht abgeräumt werde, könne die internationalisierte Kommission genötigt sein, die Beibehaltung der Einwohnerwehren in Tirol zu untersagen. Der Staatssekretär soll diesen Protest an die Tiroler Landesregierung mit dem Bemerkung weitergeleitet haben, daß die österreichische Staatsregierung wünscht, daß das Schließen unterbleibe.

„der Sozialismus“. Sie hatte mit dem Sozialismus soviel Ähnlichkeit wie ein bloßes Kinodrama „Quo vadis“ mit dem gleichnamigen jankelnden Roman von Sienkiewicz. Die völlig ungeschickte, bürokratische, an jeder nur denkbaren Stelle kapitalistischer Kriegerwirtschaft gegen die Sozialisierung ausgerichtete, das ist ein Trübsal, der an folgende Anekdoten erinnert: Als Strategie für den Weltkrieg wurde im Athen Hermokles vorgelegt. Da trat der Bürger Perikles auf und sagte: Nehmt nicht Hermokles, er ist der Bruder des Kratylus, der den vorigen Feldzug verlor, und von dieser Familie haben wir wohl nun genug. Nun schwankte die Volksoberleitung. Bis Hermokles selbst sich erhob und erklärte: Wenn mein Bruder den vorigen Feldzug verloren hätte, würde das gegen mich nichts beweisen, denn Brüder sind einander niemals gleich. Aber Kratylus hat den Krieg nicht „verloren“, sondern nur „nicht gewonnen“, weil der Strategenrat ihn an der Durchführung seiner Pläne hinderte. Kratylus ist aber auch nicht mein Bruder, sondern mein Vetter! Da wählte die Volksoberleitung den Hermokles. So wie Hermokles zu Kratylus verhält sich der Sozialismus zur Kriegswirtschaft! Diese ist der ungeratene „Vetter“ des Sozialismus. Das deutsche Volk ist augenblicklich in der Lage der athenischen Volksoberleitung, nachdem (der Unternehmern) Perikles dreist und gottesfürchtig zu ihr über den Hermokles gesprochen hatte. Es scheint leider, daß „Hermokles“ in Deutschland zu schweigen geneigt ist.

Vierter Einwand: Die Arbeiterchaft will gar keine Sozialisierung, denn sie glaubt selber nicht daran; sie will eine bessere Lebenshaltung, die bieten wir ihr an in Form der Gewinnbeteiligung. Dieser strategische Zug ist ebenso klug berechnet wie die schon erörterten theoretischen „Bedenken“. Nichts, gar nichts ist für die Zukunft des Sozialismus so bedenklich wie der Gruppenegoismus der einzelnen Arbeiterkategorien. Wer es mit dem Sozialismus ernst meint, wird sich heute eingestehen müssen, daß möglicherweise die sozialistische Bewegung von diesem Gruppenegoismus lahmgelegt und damit für Jahrzehnte und vielleicht Jahrhunderte behindert werden wird; denn wenn erst einmal Formen der Wirtschaft sich einbürgern, die die Lebenslage großer und wirtschaftlich wichtiger Arbeitnehmergruppen sichern und angenehm machen, dann ist die Solidarität der Arbeiterchaft vollends gebrochen. Und die Verlockung für die einzelnen Gruppen sich vorerstehend zu befristern, ist wahrlich auch

nicht nur weil sie bei der heutigen Not eigentlich jede Verbesserung der Lebenslage ablehnen müssen, sondern weil die Unternehmerschaft in der Lage und vielleicht sogar klug und großzügig genug sein dürfte, ihnen wahrhaft amerikanische Begünstigungen anzubieten, um damit die Sozialisierung zu verhindern; was etwas von der bequem-bürgerlichen Lebenslage bevorzugter amerikanischer Arbeitergruppen weiß, kann ersehen, welche Verlockung darin liegen könnte. Die Führer der sozialistischen Bewegung haben dagegen nur das eine Mittel: Aufklärung über und Agitation für die Sozialisierung; sie können gar nicht spielen in dieser Richtung; dazu aber brauchen sie Vertrauen in ihre Sache und Verantwortungsbereitschaft. Ohne sie ist der Sozialismus als Ideal, wie er jetzt Jahre hindurch verstanden wurde, in Lebensgefahr und vielleicht verurteilt, zu einer reinen Lohnbewegung für einzelne Gruppen herabzusinken. Theoretisch betrachtet ist der vierte Einwand der Unternehmern weder beweisbar noch widerlegbar. Was die Arbeiterchaft will oder nicht will, kann man bei der heutigen Zerschüttelung und Verwirrung nicht eindeutig feststellen. Wir verironen darauf, daß viele noch echte Sozialisten sind, wissen aber auch, daß schon manche Gruppen sich der Verlockung ihres besondern Wohles widmen. Geschieht ist die Wendung: „Die Arbeiterchaft will also“, denn wenn man jemand recht oft einredet: Du willst ja gar nicht! Kommt er zuletzt in Verwirrung, selber nicht mehr an seinen Willen zu glauben.

Fünfter Einwand: Die Entwürfe der Sozialisierungskommission sind „organisatorische Kunststücke“, unübersichtlicher, schwerfällig, unorganisch usw. Der Einwand ist von geringem Rang. Es unterliegt nicht jenem Unrecht, sondern es ist innerhalb gewisser Grenzen Geschmackssache, ob man eine Konstruktion organisch oder unorganisch, gefünstelt oder sachdienlich-natürlich findet. Wer, wie die Unternehmern, sich am liebsten irgendeiner Gesamtregelung überhoben nicht unterwerfen und sich darum auch nicht in einen Plan hineinreden will, wird jeden Plan als künstlich empfinden und dies in der Agitation fröhlich hinausgeschmettern. Wir finden beide Entwürfe meisterhaft kurz, durchsichtig, wohlüberlegt, wenn wir bedenken, welches hochkomplizierte Gebiet durch sie organisiert werden soll. Aber freilich, der eine findet eine Rechenmaschine ein Muster von technischer Präzision, Klarheit und Sachlichkeit, der andre kann sich nicht hineinfinden und will lieber weiter mit Titel und im Kopf rohen. Da letzter Linie muß aber dem